

# La DANA - Flutkatastrophe in Spanien

*Frieda Koppler, Infomail 1269, 13. November 2024*

Mehr als 200 Menschen starben, fast 80 werden vermisst, viele haben alles verloren. Am 29. Oktober wurde der Südosten Spaniens - vor allem die Provinz Valencia - von einer verheerenden Flutkatastrophe getroffen. Die Wassermassen waren unvorstellbar, es regnete bis zu 490 Liter pro Quadratmeter - so viel wie sonst in einem Jahr! Das Wasser stand mancherorts bis zum ersten Stock. Autos wurden durch den Wasserdruck aufgetürmt und versperren teilweise noch immer Straßen, für Rettungskräfte waren einige Gebiete zunächst gar nicht erreichbar.

Viele befanden sich gerade auf dem Nachhauseweg oder auf dem Weg zur Arbeit, als der Regen sie überraschte. Viele saßen tagelang im Auto fest. Andere wurden in ihren Häusern eingeschlossen. Einige retteten sich auf Hausdächer oder LKWs, verbrachten teilweise die Nacht dort und waren von jeglicher Kommunikation abgeschnitten, während sie auf Hilfe warteten. Die Lage war lange sehr unübersichtlich. Die Zerstörung führte dazu, dass Straßen und Autobahnen, Mobilfunk und Telefonverbindungen völlig zusammenbrachen. 150.000 Menschen hatten keinen Strom.

Das Wetterphänomen ist in Spanien als DANA bekannt. Es steht für „depresión aislada en niveles altos“ und bedeutet etwa „isoliertes Tief in großen Höhen“. Dabei wird feuchtkalte Luft eines Tiefdruckgebiets über das warme Mittelmeer geschoben. Diese starken Temperaturunterschiede führen zu Starkregen und Gewittern, da die warme, wasserdampfgesättigte Luft schnell aufsteigt und sich riesige, schwere Wolken bilden, die dann wie gefüllte Wasserballons plötzlich platzen. Die vom ungewöhnlich warmen Mittelmeer vollgesogene Luft staute sich und so kam es immer wieder zu neuen Gewittern an denselben Orten.

Fast zwei Wochen nach der Katastrophe sind viele Straßen der über 60 schwer betroffenen Gemeinden in der Region Valencia immer noch mit stinkendem Schlamm bedeckt. Es türmen sich Müll und kaputte Möbel. Mittlerweile konzentriert sich die Suche nach Opfern auf Tiefgaragen und andere überflutete unterirdische Einrichtungen. Fast eine Million Menschen sind betroffen. Es ist die größte Naturkatastrophe, die es jemals im modernen Spanien gab.

## **Freiwillige Hilfe und Solidarität**

Überwältigend ist aber auch das Ausmaß der Hilfe der über 15.000 Freiwilligen. Die Supermärkte waren in den ersten Tagen oft leergekauft. Nicht nur wegen zahlreicher Hamsterkäufe, sondern vor allem deshalb, weil so viele Menschen Essen zu einem der vielen Spendenpunkte in der Stadt brachten. Für die Betroffenen wurde Geld gespendet und gekocht. Tausende machten sich auf in die Dörfer, um bei Aufräumarbeiten zu helfen. Ganze Kolonnen sah man auf den Straßen, unterwegs in die Dörfer, mit Besen und Gummistiefeln bewaffnet, um Essen zu bringen und beim Aufräumen mit anzupacken. Immer wieder liest und hört man dabei den Satz: „El pueblo salva el pueblo“ (Das Volk rettet das Volk). Damit wird nicht nur die enorme Solidarität zum Ausdruck gebracht, sondern auch die Wut darüber, dass hier Freiwillige das machen, was eigentlich Aufgabe der Regierung bzw. des Staates wäre. Es wäre zum Beispiel deutlich effizienter, wenn die Supermärkte dazu verpflichtet würden, direkt aus den Einkaufszentren LKWs mit Verpflegung zu senden, anstatt dies den tausenden Einzelpersonen zu überlassen, die in den Supermarkt gehen und von ihrem eigenen Geld Betroffenen Essen kaufen. Stattdessen verdienen Supermärkte wie Mercadona oder Consum gerade an der Misere.

## **Kritik am Katastrophenmanagement**

Es gibt auch darüber hinaus erhebliche Kritik am Katastrophenmanagement. Die Regionalregierung hat die Unwetterwarnungen und die Aufforderung, zu Hause zu bleiben, teilweise viel zu spät herausgegeben. So hatte das Wetteramt zwar schon am Dienstagmorgen die Wetterwarnstufe auf Rot gesetzt und Starkregen angekündigt. Als die Regierung der Provinz Valencia aber erst 7 bis 12 Stunden später Notalarne auf die Handys schickte, war es an vielen Orten bereits zu spät. Carlos Mazón (von der rechtskonservativen Partido Popular, kurz: PP), der Ministerpräsident der Region Valencia, kommentierte dies lapidar: „Die Professionalität der Warnsysteme ist nun wirklich belegt, besonders auch in diesem Moment.“ Dabei war eine der ersten Amtshandlungen Mazóns, die erst kurz zuvor eingeführte Notfalleinheit, die auf Naturkatastrophen reagieren sollte, aufzulösen, da sie angeblich unnötige Kosten verursache. Der rechtsextreme Koalitionspartner Vox leugnet derweil den Klimawandel.

## **Die Menschen sind wütend - und das zu Recht**

Anstatt die notwendige Hilfe zu organisieren, besuchten am Sonntag nach der Flutkatastrophe Premierminister Pedro Sánchez von der sozialdemokratischen Partido Socialista Obrero Español (PSOE), Mazón und König Felipe VI. Paiporta, eins der am schlimmsten betroffenen Dörfer. Dort wurden sie von wütenden Anwohner:innen und Freiwilligen mit Schlammwürfen begrüßt. „Mörder“, „Rücktritt“ oder „Greift eine Schaufel und packt mit an!“ waren die Rufe, die ihnen entgegengeschrien wurden. Für den Besuch musste die Hilfe der Freiwilligen unterbrochen werden bzw. wurden viele deswegen erst gar nicht in die Dörfer hereingelassen. Eine ganze Kolonne mit Hilfsgütern konnte nach Paiporta nicht herein. 90 Polizeiwagen und Militärs begleiteten den symbolischen Besuch, nur um ein paar Fotos zu machen und einige Leute zu umarmen. Dass diese Aktionen die Aufräumarbeiten erheblich behinderten, liegt auf der Hand, und der Zorn der Anwohner:innen ist daher mehr als verständlich. Monarchie, Regional- und Zentralregierung sind mitverantwortlich für diese Krise.

Viel Kritik richtet sich auch gegen Unternehmen, die ihre Arbeiter:innen nicht rechtzeitig warnten oder sie trotz Wetterwarnungen zur Arbeit zwangen. So haben etwa Angestellte von Intidex (eines der größten Fast-fashion-Unternehmen mit Sitz in Spanien) nichts von den Warnungen mitbekommen, weil sie während der Arbeit ihre Handys nicht benutzen dürfen. Andere Firmen haben ihre Beschäftigten nicht früh genug entlassen oder bestanden sogar darauf, dass die Arbeiter:innen trotz Starkregenwarnung zur Arbeit kamen. Der Arbeitsweg wurde so für viele zum tödlichen Verhängnis. Viele starben in ihren Fahrzeugen auf dem Weg dorthin oder von dort zurück. Selbst der Schulunterricht wurde noch aufrechterhalten. Als Jugendliche den Mercadonachef Juan Roig in einem seiner Märkte entgegenriefen, er habe seine Arbeiter:innen in den Tod geschickt, weil er sie bei Unwetterwarnungen zum Arbeiten zwang, antwortete der darauf bloß mit Beleidigungen.

Das von Premierminister Pedro Sánchez am Dienstag (eine Woche nach der Katastrophe) angekündigte Ersthilfepaket kommt zu spät und ist nicht ausreichend. Es gibt zwar Maßnahmen, die wichtig sind für viele Menschen, die alles verloren haben. So beinhaltet es etwa finanzielle Unterstützung für die Reparatur beschädigter Wohnungen oder den Neukauf von Möbeln. Es geht jedoch bei den Maßnahmen zentral um die Rettung der Unternehmen. Es beinhaltet Steuerbefreiungen und Hilfen für große Firmen - bezahlt durch öffentliche Gelder. Die Forderung der Regionalregierung betrug 31 Milliarden Euro, aus Madrid wurden aber bis jetzt nur 10,6 Milliarden bereitgestellt. Auch langfristige Anpassungen an den Klimawandel werden nötig werden. Das wird viele weitere Milliarden kosten.

Seit 2007 gab es einen Plan des staatlichen Wasseramts, das Flussbett des jetzt weit über die Ufer getretenen Barranco del Poyo zu verbreitern und dem Fluss Pozalet wieder einen Abfluss zu geben.

Dieser Plan wurde jedoch nie umgesetzt. Es hätte die Regionalregierung 140 Millionen Euro gekostet – stattdessen gibt es jetzt Schäden in Milliardenhöhe und hunderte Tote. Hier zeigt sich einmal mehr, wofür im Kapitalismus Geld ausgegeben wird und wofür nicht und zu was für einer miserablen und lebensbedrohlichen Städteplanung das geführt hat. Eine wichtige Frage ist auch, woher das Geld für den Wiederaufbau kommen soll. Die Antwort der Regierung ist klar: Aus der öffentlichen Hand statt aus den riesigen Gewinnen von Unternehmen wie Inditex, Mercadona, Amazon oder Ikea – Unternehmen, die von der Katastrophe jetzt auch noch profitieren.

Die Bevölkerung ist sehr wütend und überall hört man sie auf die rechtskonservative bis rechtsextreme Regionalregierung sowie auf die aus sozialdemokratischer PSOE und linksreformistisch-linkspopulistisch-grüner Sumar bestehende Zentralregierung in Madrid schimpfen. Erstere versagten und versagen immer noch im Katastrophenmanagement, letztere schickt nur unzureichende Hilfe.

Viele Arbeiter:innen haben zudem Angst um ihre Jobs. In einem Gewerbegebiet nicht weit von Valencias Hafen, wo etwa 20.000 Menschen arbeiten, sind alle 1.400 Lagerhallen auf über sechs Quadratkilometern überschwemmt. Auch dort konnten sich Menschen während ihrer Spätschicht nicht mehr aus den Erdgeschoss retten.

Und die Gewerkschaften? Es gab einen 10-minütigen Streik – das wars. Die Führungen der drei mitgliederstärksten Gewerkschaften Spaniens UGT, CCOO und USO (Unión General de Trabajadores, Comisiones Obreras, Unión Sindical Obrera) wollen keinen wirklichen Kampf, sondern ausgerechnet mit denen zusammenarbeiten, die für die Katastrophe verantwortlich sind. Die Gewerkschaft der Studierenden hingegen hatte vom 4. bis zum 8. November zu einem Streik aufgerufen. Es wurden Studierendenversammlungen in Barcelona und Madrid einberufen, um zu beraten und Solidarität zu koordinieren.

Am Samstag, den 09. November, gab es eine große Demonstration mit 130.000 Teilnehmer:innen in Valencia. Zwanzig soziale und gewerkschaftliche Organisationen riefen dazu auf, vor das Regierungsgebäude der Regionalregierung und diese für das desaströse Katastrophenmanagement zur Rechenschaft zu ziehen. Symbolträchtig haben dabei die Protestierenden „Mazón, Rücktritt!“ mit Schlamm an das Rathaus der Stadt geschrieben. Auf Plakaten stand beispielsweise „Weniger Stierkämpfe, mehr zivile Nothilfe!“ und gerufen wurde mancherorts „Es lebe der Kampf der Arbeiter:innenklasse!“. Auch in Madrid fand am Wochenende eine Demonstration statt. In Barcelona (mit etwa 1.000 Teilnehmer:innen vor dem PP Parteibüro) und Castellón gab es schon in der Woche zuvor Proteste, die den Rücktritt Carlos Mazóns forderten. Tatsächlich versucht auch die Rechte, aus der aktuellen Situation Kapital zu schlagen und die Wut in reaktionäre Bahnen zu lenken. So waren auf der Versammlung auch einige rechte Akteur:innen anwesend, auch wenn sich deren Teilnahme in Grenzen hielt. Die Gemengelage bot den Hetzer:innen dennoch Platz, um Rassismus und Verschwörungstheorien zu verbreiten.

## **Klimawandel**

Ein wichtiger Aspekt der Fluten ist auch die Klimakrise. DANAs („isolierte Tiefs in großen Höhen“) werden durch den Klimawandel sehr viel häufiger. Trat dieses Phänomen früher vielleicht alle 15 Jahre auf, so heute schon alle 5 Jahre. Auch werden diese in den letzten Jahren immer größer und bleiben nicht länger lokal begrenzt. Derweil wollte die Regierung der Region Valencia nichts von der Klimakrise wissen. Vox redet von „Umweltfanatismus“, und die Partido Popular macht sich dies zum großen Teil zu eigen. Wirtschaftliche Interessen werden wie so häufig über den Schutz der Bevölkerung und des Klimas gestellt.

Die Flutkatastrophe wird als Jahrhundertereignis bezeichnet, doch wenn es mit Abbau des

Katastrophenschutzes so weiter geht und keine ernsthafte Klimapolitik betrieben wird, dann könnte es schon bald eine der eher kleineren Katastrophen gewesen sein im Vergleich zu dem, was noch auf uns zukommen wird.

Erst vor kurzem hat eine Studie der World Weather Attribution ergeben, dass die Klimakrise zu schlimmeren Extremwetterereignissen führt und seit 2004 mehr als eine halbe Million Menschen dabei starben. Diese Ereignisse werden in Zukunft nur noch häufiger und intensiver auftreten. (<https://www.worldweatherattribution.org/10-years-of-rapidly-disentangling-drivers-of-extreme-weather-disasters/>)

## **Was bräuchte es?**

Wir sehen einmal mehr, dass der Kapitalismus unfähig ist, Naturkatastrophen zu verhindern oder entsprechend darauf zu reagieren. Profite stehen über Menschenleben. So war es zunächst wichtiger, die normalen wirtschaftlichen Aktivitäten am Laufen zu halten, als Leben zu retten, sprich die Schulen zu schließen und die Menschen nicht zur Arbeit gehen zu lassen.

Ganz akut muss für die Unterbringung aller Menschen, Wohnungslose wie Freiwillige, gesorgt werden. Hierfür sollten leerstehende Häuser oder Hotels herangezogen werden. Wichtig ist außerdem die Aussetzung der Mieten und aller sonstigen Ausgaben, Sicherung des Arbeitsplatzes und bezahlter Urlaub für die gesamte Dauer der Katastrophe, bis die Arbeit wieder aufgenommen werden kann. Es benötigt Zeit und (finanzielle) Mittel, damit sich die Bevölkerung wieder ihr Leben aufbauen und sich von dem Schock und durch die Tragödie erholen kann. Notfallzahlungen für Bergungsarbeiten und den Wiederaufbau müssen erheblich erhöht werden. Verantwortliche wie Mazón, Sánchez und Mercadonachef Juan Roig müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Es bedarf einer unabhängigen Untersuchung unter Kontrolle der geschädigten Lohnabhängigen, um Fehler offenzulegen und Versäumnisse zu benennen.

Auch im Katastrophenmanagement ist ein Umbau dringendst nötig. Es braucht beispielsweise viele, spezialisierte, gut ausgebildete und ausgestattete hauptamtliche Kräfte und dafür massive Investitionen, außerdem einen effizienten Hochwasserschutz zusammen mit einem Klimaschutzprogramm, welches seinen Namen verdient. Das bedeutet einen groß angelegten Umbau, welcher die Wasserinfrastruktur auf neue Gefahren vorbereitet. Also zum Beispiel die konsequente Renaturierung von Flüssen sowie der Schutz von Menschen in bzw. ihre Umsiedlung aus hochwassergefährdeten Gebieten. Wälder müssen als abkühlender Faktor, als Regenmacher und Wasserspeicher bei Hitze wieder aufgeforstet werden. Die ganze Infrastruktur müsste widerstandsfähiger werden. Im Rahmen eines Klimaschutzprogramms ist unter anderem eine Energie-, Verkehrs- und Bauwende nötig.

Ein gutes Programm gegen die Klimakrise kostet Milliarden. Dieses muss von den Verantwortlichen und Profiteur:innen der Krise genommen und nicht auf die Arbeiter:innenklasse abgewälzt werden. Die Wut auf die Konzerne und Regierungen muss kanalisiert werden in große Proteste, aber auch in eine Wiederentdeckung des Klassenkampfes.

Die überwältigende Solidarität muss (weiterhin) durch Selbstorganisation von unten koordiniert werden und sollte Gewerkschaften und soziale Bewegungen einbeziehen.

Es muss ein Plan aufgestellt werden, welcher alle Sektoren (wie Produktion, Landwirtschaft, Verkehr etc) - im Sinne einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung und unter Kontrolle der lohnabhängigen Massen umstrukturiert.

Darüber hinaus müssen wir international für eine sozialistische Revolution kämpfen, da nur durch

die Überwindung des Kapitalismus und den geplanten Umbau der gesamten Produktion unter Kontrolle der Produzent:innen die (ökologische) Katastrophe vielleicht noch abgewendet bzw. abgemildert werden kann.